

SJ

PresseDienst

SOZIALISTISCHE JUGEND DEUTSCHLANDS - DIE FALKEN
VERBANDSSEKRETARIAT - BONN - DOTTENDORFER STRASSE - TEL. 23134 82

Bonn, am 13. Dezember 1955
H/En

An die Freunde der
Sozialistischen Jugend Deutschlands
- Die Falken -

Die befreundeten Redaktionen werden gebeten, diesen Text in ihre
Spalten einzurücken.

Wie bereits durch Pressemeldungen bekannt wurde, ist das gesamte
erste Stockwerk des Hauses der Arbeiter Wohlfahrt in Bonn, Dot-
tendorfer Str. 168, in dem sich die Büros unseres Verbandssekre-
tariates und unseres Verlages Schaffende Jugend befanden, in den
frühen Nachmittagsstunden des 10. Dezember 1955 vollständig aus-
gebrannt. Für die Arbeiterwohlfahrt entstand großer Sachschaden.
Von unseren Einrichtungen, Büromaschinen, Arbeitsunterlagen und
Akten blieb nichts. Die polizeiliche Untersuchung hat inzwischen
ergeben, daß das Feuer ohne schuldhaftes Verhalten irgendwelcher
Personen entstand.

Die ersten Maßnahmen zur Neuerrichtung eines arbeitsfähigen Ver-
bandssekretariates werden z. Zt. getroffen. Der Verlag Schaffende
Jugend bemüht sich, seinen Verpflichtungen besonders im Rahmen der
Weihnachtsbuchaktion nachzukommen. Die Bezieher der Zeitschriften
"DU und ICH" und "junge gemeinschaft" müssen wir leider davon
unterrichten, daß im Januar 1956 keine Zeitschriften erscheinen,
da sämtliche Manuskripte ein Raub der Flammen wurden. Einzelbe-
zieher der oben genannten Zeitschriften sowie des SJ-Presse-
dienstes werden gebeten, dem Verlag Schaffende Jugend ihre An-
schriften neu mitzuteilen, da durch den Verlust aller Adressen
sonst eine Belieferung leider unmöglich ist.

Die Anschriften des Verbandssekretariates und des Verlages Schaf-
fende Jugend bleiben vorläufig weiterhin:
Bonn, Dottendorfer Str. 168.

Telefonisch sind wir vorläufig zu erreichen unter:
Bonn 21901, App. 63

Alle Freunde des sozialistischen Jugendverbandes, die uns beim
Neuaufbau helfen wollen, können dies am besten durch Geldspenden
tun. (Postscheckkonto Köln 31659, Stichwort: "Aufbau-Spende".)

Für die bereits schon jetzt sichtbar gewordene Hilfsbereitschaft
unserer Freunde sagen wir hierdurch unseren herzlichen Dank!

Die Mitarbeiter des Verbandssekretariates
der SJD - Die Falken
und des Verlages Schaffende Jugend

gez. Heinz Westphal
gez. Peter Warner



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/289 - 15. 12. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Wahlrechtsvorschlag der CDU/CSU	S. 1
Die Schweiz und die Europaidee	S. 3
Die Eingliederung der Flüchtlingsstudenten	S. 5
Zum Tode Otto Brauns	S. 7

"Grabenkampf" um das Wahlrecht

FB. Nicht wenige Beobachter haben am Mittwoch im Bonner Bundeshaus, nachdem die CDU/CSU und die DP im Wahlrechtsausschuss völlig überraschend die Einführung des sogenannten "Grabensystems" für das neue Wahlgesetz vorgeschlagen haben, die Auffassung vertreten, dass im neuen Jahr dieser Brei nicht so heiss gegessen werde, wie er offensichtlich im alten Jahr noch gekocht werden soll. Dieser Vorschlag, so meinten diese Beobachter, sei ausschliesslich zu dem Zweck eingebracht worden, der FDP noch einmal zu demonstrieren, was es bedeuten würde, wenn sie am 10. Januar 1956 Thomas Dehler doch wieder wählen sollte, denn mit diesem Wahlrecht wäre es ein Leichtes, den Freien Demokraten das Lebenslicht auszublasen.

Sollte dieses Wahlsystem nur zu diesem Zweck eingebracht worden sein, dann kann man allerdings von einem klaren Fall politischer Nötigung gegenüber der FDP sprechen, der leider strafrechtlich nicht zu ahnden ist, der aber einen Tiefstand von politischer Moral und Fairness offenbart. Dehler's Wort von dem Würgegriff, den man dem Liberalismus anlegen wolle, hätte dann eine drastische Bestätigung erfahren.

Es wäre aber leichtfertig, wollte man in diesem Vorstoss der CDU/CSU und der DP nur ein parteitaktisches Erpressungsmanöver sehen. In diesem Wahlgesetz offenbart sich auch der nackte Machtwille dieser

Parteien, die die Opposition im Bundestage möglichst schwächen und die kleinen Parteien dazu zwingen wollen, entweder Konzessions-schulzen-Mandate anzunehmen oder völlig vernichtet zu werden.

Um was geht es bei diesem Grabensystem? Die CDU selber bezeichnet es als einen Kompromiss zwischen dem von ihr seit Bestehen mehrfach geforderten reinen Mehrheitswahlrecht und der von anderen Parteien geforderten Verhältniswahl. Praktisch würde nach diesem Wahlrecht so verfahren werden, dass der Wähler zwei Stimmen abgibt. Mit der ersten wählt er einen Abgeordneten im Wahlkreis nach dem Prinzip der relativen Mehrheitswahl, mit der zweiten wählt er die Liste einer Partei nach dem Prinzip der Verhältniswahl. Das war schon bei den Wahlen 1949 und 1953 so. Die wesentliche Neuerung ist, dass CDU und DP eine absolute Trennung zwischen diesen beiden Systemen vorsehen, d.h. es findet keine Verrechnung der Direktstimmen bei der Aufschlüsselung der auf Liste erworbenen Mandate statt. Um das an einem Beispiel zu erläutern: Wenn bisher in einem Wahlkreis der CDU-Kandidat mit 50 000 Stimmen das Rennen machte und der Sozialdemokrat mit 45 000 Stimmen unterlag, dann hatte der Wähler die 45 000 Stimmen für den Sozialdemokraten nicht etwa verschenkt, sondern sie wurden bei der Verrechnung der Listenmandate berücksichtigt. Nach dem neuen Vorschlag der CDU und der DP hingegen würden diese Stimmen nutzlos abgegeben worden sein, denn bei der Listenaufschlüsselung würde nur die Zweitstimme, die für die Liste abgegeben worden ist, berücksichtigt werden.

In der Praxis will die CDU und DP mit diesem Wahlsystem sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie will sich in den Wahlkreisen mit anderen Parteien verbünden, um mit Hilfe dieser den Wähler täuschenden Sammelkandidaturen möglichst viele Direktmandate zu erringen. Das geht daraus hervor, dass die CDU klipp und klar jedes Verbot von Sammelkandidaturen im Wahlrechtsausschuss abgelehnt hat. Bei der Ungleichheit der Wahlkreise würde dieses System weiter dazu führen, dass die SPD beispielsweise in Städten für ein Mandat weit über 100 000 Stimmen braucht, während die CDU in den ländlichen Gegenden mit der Hälfte oder noch weniger Stimmen ihre Kandidaten durchbringen könnte. Dieses Missverhältnis soll aber nicht mehr bei den Landeslisten ausgeglichen werden, so dass es trotz des Weiterbestehens der Landeslisten zu einem völlig verfälschten Wahlergebnis kommen wird.

Die CDU soll sich keinen Zweifel hingeben. Die Opposition wird dieses Wahlsystem mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, da es den Wählerwillen verfälscht und darüber hinaus auch die Wählerstimmen ungleich bewertet, eine Frage, die vor allem noch der verfassungsmäßigen Prüfung bedarf. Dieser Kampf gegen diesen Vorschlag wird aber in erster Linie politisch zu führen sein, denn es geht darum, ob beim Wahlrecht der demokratische Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt oder der nackte Interessenstandpunkt und der Machtwille der CDU zum Zuge kommen. Zu diesem Kampf aber sind alle die aufgerufen, denen Demokratie mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

Die Illusion der Supranationalität

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Niemand bezweifelt, dass der Gedanke eines Vereinigten Europa ein guter Gedanke ist, es sei denn, er bekenne sich zu einer Politik, die dieses Europa an Moskau verschachern möchte. Die europäischen Völker, sofern sie ihrer Meinung noch frei Ausdruck verleihen dürfen, haben denn auch nach Kriegsende die Europa-Idee begrüßt und sich teilweise der Hoffnung hingegeben, man würde mit dieser Idee die restaurativen Nachkriegs-Tendenzen bekämpfen und Europa so davor bewahren können, zu jenen geistigen, sozialen, ökonomischen und politischen Ursprüngen zurückzukehren, die verantwortlich waren für zwei Weltkriegs-Katastrophen. Statt dessen aber hat sich die Restauration der Europa-Idee bemächtigt, und die erste "Europäisierung", die nach Kriegsende stattgefunden hat, war eine "Europäisierung" der Restauration.

Die Pläne, die man vorlegte, zeigten teilweise gewiss von gutem Willen und echtem Idealismus, aber teilweise enthielten sie Tendenzen, die, hätte man sie verwirklicht, nur wieder zu einer Art "Heiliger Allianz" der Regierungen gegen ihre Völker oder zumindest ohne Befragung ihrer Völker geführt hätten. Das beste Beispiel dafür ist die Vermischung von Europa-Idee und Wiederaufrüstung der Bundesrepublik: ein Plan, der wie kaum ein anderer die Europa-Idee in den Augen echter Europäer diskreditiert hat.

Diskreditiert hat man die Europa-Idee dann aber vor allem durch die Erfindung der "supranationalen" Behörde. Denn diese Supranationalität war alles andere als eine echte Europäisierung, da sie erstens nichts anderes war als eine Art europäische Dachorganisation, die durch das Eigengewicht, das sie mit der Zeit unweigerlich bekommen hätte, eine spätere echte Europäisierung zweifellos erschwert, wenn nicht gar verhindert hätte. Zweitens war es keine demokratische Europäisierung, denn ihre Tendenz ging allzu deutlich auf eine weitgehende Ausschaltung der nationalen Parlamente, ohne dass die demo-

kratische Verantwortung dann von einem wirklich verantwortlichen, repräsentativen und vom Volke selbst gewählten Europa-Parlamente übernommen worden wäre. Das Scherzwort vom "Supranationalismus" hatte seine tiefere Bedeutung! Aber wie war das damals doch? Da predigte man jahrelang tagaus tagein, dass Europa ohne die Einrichtung supranationaler Behörden endgültig verloren, dem Bolschewismus preisgegeben und den Untergang geweiht sei.

Vor allem hiess es damals immer wieder, die europäischen Probleme seien ohne supranationale Organisation nicht zu lösen. Nun hat dieser Tage der schweizerische Bundespräsident und Aussenminister, Petitpierre, in einer Rede in Genf ein grosses Wort zur Frage des Supranationalen sehr gelassen ausgesprochen. Er erklärte nämlich, die Bedrohung, die auf Europa lastet, sei nicht nur eine äussere Bedrohung. Der Gedanke, dass die europäischen Probleme im Rahmen einer supranationalen Organisation leichter zu lösen wären, sei eine Illusion. Wohl betonte Petitpierre, dass er durchaus an die Notwendigkeit einer Entwicklung im Sinne einer europäischen Organisation glaube, aber er unterschied dabei zwischen supranationaler und europäischer Organisation.

Nun nimmt zwar der Schweizer Aussenminister in der internationalen Politik nicht den Platz eines "Grossen" ein, aber man weiss, dass der verantwortliche Minister dieses neutralen Landes jedes Wort, das er zu aussenpolitischen Fragen sagt, zunächst auf die Goldwaage legt. Man weiss auch, dass da der Vertreter eines Landes spricht, dessen öffentliche Meinung sich sehr stark für die supranationalen Pläne ausgesprochen hatte, sofern nicht an eine Mitbeteiligung der Schweiz gedacht war. Schliesslich besitzt die Schweiz heute eine rein bürgerliche Regierung und die Sozialdemokratie befindet sich in der Opposition. Um so bemerkenswerter ist diese Charakterisierung des Supranationalen als einer Illusion, falls man sich davon eine Lösung der europäischen Probleme erhoffe. Vielleicht wäre in den europäischen Völkern mehr von dem guten europäischen Idealismus übriggeblieben, wenn man sie nicht mit schlechten Ersatz-Europaplänen überfütterte und diese erst noch als allein seligmachende politische Medizin verschrieben hätte.

Studentenfürsorge - gesamtdeutsche Verpflichtung

C.G. Seit dem Sommer dieses Jahres ist der Strom vor allem der jugendlichen Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone sprunghaft angeschwollen. Neben dem Zwang zur Jugendweihe und der verstärkten Werbung für die kasernierte Volkspolizei dürfte vor allem die weltpolitische Entwicklung, die in gefährlicher Weise auf eine Verewigung des Status quo zwischen dem östlichen und dem westlichen Machtblock tendiert, der Hauptgrund dafür sein.

Die Gruppe der Studenten, Abiturienten und Schüler ist neben den Lehrlingen und Jungarbeitern unter den jugendlichen Flüchtlingen besonders stark vertreten. Ihre Eingliederung erfordert über die bisher gewährten Hilfen hinaus zusätzliche und rasche Massnahmen, die nur in engem Zusammenwirken von Bund und Ländern verwirklicht werden können.

In diesen Tagen ist nun eine Denkschrift zur schulischen und gesellschaftlichen Eingliederung der Schüler, Abiturienten und Studienanfänger aus Mitteldeutschland erschienen, für die die "Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk", in der die Träger der praktischen Sozialarbeit zusammengeschlossen sind, verantwortlich zeichnet. Während die Ausführungen über die bessere Eingliederung der Oberschüler eine Reihe durchaus zu begrüssender praktischer Vorschläge enthalten (nur hat man dabei die Fachschüler und ihre besonderen Probleme völlig vergessen), gehen die Vorstellungen der Denkschrift über die Hilfe für Studienanfänger und Abiturienten von völlig falschen Voraussetzungen aus. Die Denkschrift fordert nämlich, dass die zur Anerkennung des Reifezeugnisses notwendigen Vorbereitungslehrgänge für diese Gruppe in den Raum der höheren Schule verlegt werden sollen. Demgegenüber muss mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, dass eine derartige Lösung eine schwere Diskriminierung der Abiturienten und Studienanfänger darstellen würde.

Da nach den Beschlüssen der Kultusminister-Konferenz eine Ergänzungsprüfung nur für diejenigen Abiturienten gefordert wird, die in der Bundesrepublik ein Hochschulstudium aufnehmen wollen, kommt es in erster Linie darauf an, dass schon während der Ergänzungs-

Lehrgänge ein enger Kontakt mit der Hochschule hergestellt wird. Die Lehrgänge sollten deshalb - wie es auch der Verband Deutscher Studentenschaften gefordert hat - in der Regel an Hochschulorten stattfinden und nicht in abgelegenen Heimschulen, die zudem meist eine einseitige weltanschauliche Prägung haben. Den Teilnehmern an den Sonderlehrgängen sollte Gelegenheit gegeben werden - unter Umständen als Gasthörer - schon während dieser Zeit Vorlesungen an der Hochschule zu hören. Ein Sonderproblem stellen Absolventen der Arbeiter- und Bauernfakultäten dar, für die auf ihren bisherigen Ausbildungsgang zugeschnittene Eingliederungsmassnahmen durchgeführt werden müssen. In dieser Gruppe ist ein grosses Reservoir an Intelligenz vorhanden; es in der Bundesrepublik nicht auszuschöpfen, wäre unverantwortlich. Die Vorschläge, die die Denkschrift dazu macht, sind völlig unbefriedigend.

Wegen der materiellen Sicherung dieser Lehrgänge durch den Bund und - damit verbunden - der Vermehrung ihrer Zahl, ist vor allem eine stärkere Koordinierung dieser Lehrgänge hinsichtlich Unterrichtsgestaltung, Stoffauswahl und Prüfungsanforderungen durch die Länder erforderlich. Es ist auf die Dauer auch nicht zumutbar, dass - wie bisher - einzelne Länder die Hauptlast für diese Lehrgänge tragen, während andere die Abiturienten auf private Vorbereitung oder Teilnahme am Normalunterricht in der Oberstufe der höheren Schule verweisen. Während z.B. die Länder Hessen und Niedersachsen bisher relativ den meisten Abiturienten und Studenten aus der sowjetischen Besatzungszone Studienmöglichkeiten zur Verfügung stellten, haben andere Länder in dieser Richtung so gut wie noch nichts unternommen. Zwischen der allgemeinen Aufnahmequote für Flüchtlinge aus der SBZ und der Zahl der Studenten, die an einer Hochschule des jeweiligen Landes ihr Studium aufgenommen haben, herrscht in vielen Fällen ein krasses Missverhältnis.

Hier für Lösungen zu sorgen, sollte eine vordringliche Aufgabe der Kultusminister der Länder sein. Denn der Föderalismus im kulturellen Bereich entbindet nicht von der gesamtdeutschen Verpflichtung.

Turn in der Weimarer Zeit

r. An dem Tage, an dem Paul Löbe in Berlin seinen 80. Geburtstag, hochgeehrt, in Gesundheit begehen konnte, starb in Ascona im Tessin, wo er seit über zwei Jahrzehnten lebte, Otto Braun im Alter von 83 Jahren. Im äusseren Lebensablauf beider gibt es übrigens eine merkwürdige Parallelität: Proletariatsöhne aus zwei heute an den Osten verlorenen preussischen Provinzen, der eine Buchdrucker, der andere Schriftsetzer von Beruf, beide dann politische Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen in den Hauptstädten dieser Provinzen, in Königsberg und Breslau, Abgeordnete in den Parlamenten beider Städte, nach der Übersiedlung nach Berlin alstald in der ersten Reihe sozialdemokratischer Politiker, der eine zwölf Jahre preussischer Ministerpräsident, der andere ebenso lange Reichstagspräsident. Und beide hervorragende Beispiele für die prägende Kraft der von der Sozialdemokratie geformten deutschen Arbeiterbewegung.

Otto Braun, der uns jetzt verlassen hat, war als preussischer Ministerpräsident zwischen 1920 und 1932 eine der eigenwilligsten, wenn nicht die stärkste Persönlichkeit, die die Sozialdemokratie der Weimarer Republik zur Verfügung stellte. Seine Regierung, in Kern bestehend aus der SPD und dem Zentrum, war in den Jahren zwischen dem ersten Weltkrieg und der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus das festeste Bollwerk der jungen deutschen Demokratie, er selbst in ihm der unerschütterliche Turm. Es war für den Aufbau eines neuen Staates entscheidend wichtig, dass die sozialdemokratische und katholische Partei sich zu dauerhafter Zusammenarbeit fanden. Das wiederum war nur auf der Grundlage des Fehlens von konfessionellen Machtansprüchen im alten Preussen möglich.

Dass diese Kombination gelang, war vor allem das Verdienst Otto Brauns, eines ebenso zäh-energischen wie ruhig-gelassenen Mannes von grosser Sachkenntnis auf verschiedensten Gebieten, vor allem in der Agrar-Politik, von ausgewogenem Urteil, von viel Menschenkenntnis und kluger Menschenbehandlung. In diesen Eigenschaften vor allem ruhte seine Autorität, die seine Gegner widerwillig-erkennend mit dem Wort vom "Roten Zar von Preussen" umschrieben. Er selbst, sehr nüchtern und allen grossen Worten und pompösen Verglei-

chon abgeneigt, umschrieb einmal seine feste Stellung scherzend dahin: "Meine Mehrheit ist die Hälfte minus eins, plus die Angst meiner Gegner." Soviel gegen Braun und gegen sein Kabinett, insbesondere auch seinen engsten Mitarbeiter, Severing, von den politischen Gegnern vorgebracht und intrigiert worden ist, - die Vernünftigeren unter ihnen machten sich berechnete Sorgen darüber, was werden sollte, wenn er nicht mehr an der Spitze stand, so wie die Dinge in Preussen nun einmal lagen. Und in der Tat begann die deutsche Katastrophe als Braun gehen musste.

Musste er gehen? Die Frage ist sehr verschieden beantwortet worden. Er selbst schreibt in seinen Erinnerungen "Von Weimar zu Hitler" im Anschluss an die Schilderung der Umstände, unter denen das letzte parlamentarisch regierende Kabinett des Sozialdemokraten Hermann Müller im März 1930 zurücktrat: "Für mich galt es nunmehr, die Position in Preussen so lange wie möglich zu halten. Dabei wurde mir jeden Tag klarer: ich kämpfte auf verlorenem Posten." Solche melancholische Einsicht entsprang bei ihm kaum einer vorzeitigen Verzichtstimmung, als vielmehr seinem klaren Blick, der mehr sah, als die meisten wahrhaben wollten.

In den letzten Jahren machten ihn vor allem rheumatische Beschwerden viel zu schaffen. Einmal schrieb er in einem privaten Brief: "Ich werde aber allmählich auch körperlich und seelisch müde. Über das Körperliche käme ich schon hinweg, aber seelisch drückt mich der Wirrwarr im Weltgeschehen, nicht zuletzt die Entwicklung in Deutschland. Ihr, die Ihr im Getriebe steht, empfindet das vielleicht nicht so, wie ich hier in meiner Passivität." Seine Tessiner Exilheimat hatte er seinerzeit aus gesundheitlichen Gründen gewählt. Die Sehnsucht nach seiner wahren ostpreussischen Heimat ist nie aus seinem Herzen gewichen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau